

Antrag auf Gewährung einer Landeszuwendung auf Ausgabenbasis

An das Ministerium für Verkehr Baden-Württemberg zum ersten Förderaufruf "Errichtung von urbanen Schnellladehubs in Baden-Württemberg"

**Ministerium für Verkehr
Baden-Württemberg
Dorotheenstraße 8
70173 Stuttgart**

per E-Mail: e-foerderung-bw@vm.bwl.de

Antragsteller(in):

Planlaufzeit:

Gesamtmittel:

Eigenmittel:

Mittel Dritter:

Beantragte Landesmittel:

Beantragte Förderquote:

Bevollmächtigte(r) (Vor- und Nachname, Tel.-Nr.):

Projektleitung (Vor- und Nachname, Teil.-Nr.):

Liste der beigefügten Antragsunterlagen:

Anlage 1 zur Berechnung der Fördersumme

Ausgefüllte und unterschriebene De-minimis Erklärung (Nur bei Förderung ergänzender Angebote

→ Nachhaltige Mobilität)

Sonstige Anlagen (z. B. Fotos und Lagepläne)

Bitte Auführen:

Ort und Datum

Rechtsverbindliche Unterschrift(en) Bevollmächtigte(r)

1 Antragsteller/in

Rechtsverbindlicher Name des/der Antragstellers/in

Straße

Postleitzahl

Ort

Land

Postfach

Postleitzahl (zu Postfach)

Ort (zu Postfach)

Telefon-Nr.:

Mailadresse

Web-Adresse

Rechtsform (genaue Bezeichnung)

Umsatzsteuer-Identifikationsnummer

Handelsregister-Nummer

Der/die Antragsteller/in wird überwiegend aus Zuwendungen der öffentlichen Hand finanziert.

Ja

Nein

Hinsichtlich Lieferungen und Leistungen Dritter ist der Antragsteller für die mit diesem Antrag verbundenen Ausgaben:

nicht zum Vorsteuerabzug berechtigt. Umsatzsteuer ist in den Einzelpositionen veranschlagt.

teilweise zum Vorsteuerabzug berechtigt. Umsatzsteuer ist in den Einzelpositionen nur anteilig veranschlagt.

zum Vorsteuerabzug berechtigt. Umsatzsteuer ist in den Einzelpositionen nicht veranschlagt.

2 Zahlungsempfänger/in

Zahlungsempfänger/in (Kontoinhaber)

Geldinstitut

Sitz des Geldinstituts

BIC

IBAN

3 Projektleitung / Ansprechperson im Falle einer Bewilligung

Anrede

Vorname

Name

akad. Grad

Telefon-Nr.:

Mailadresse

4 Ausführende Stelle

Name

Straße

Postleitzahl

Ort

Land

Postfach

Postleitzahl (zu Postfach)

Ort

Telefon-Nr.:

Web-Adresse

Mailadresse

5 Beteiligte Institutionen (Antragsteller/in, Ausführende Stelle, Zusammenarbeit mit Dritten)

Beschreibung (z. B. Bildung eines Konsortiums)

6 Standorte

Liste der Standorte, an denen die Errichtung von Ladepunkten geplant ist. Pro Antrag können fünf Standorte beantragt werden.

	Anschrift (Straße, Hausnummer, PLZ, Ort)	Koordinaten (XX.XXXXXX, X.XXXXXX)	¹ Bevölkerungszahl pro 1 km ²
Nr. 1:			
Nr. 2:			
Nr. 3:			
Nr. 4:			
Nr. 5:			

F@j • H@e É^} • • GFFÉ^D

7 Zusammenfassung gemäß Anlage 1 zur Berechnung der Fördersumme

Bitte nutzen Sie zur Berechnung Anlage 1 (Excel-Dokument).

Zusammenfassung für	Anzahl	Ausgaben (€)	Zuwendung (€)
Anschluss an Niederspannungsnetz			
Anschluss an Mittelspannungsnetz			
Normalladepunkt 3,7 bis 22 kW			
Schnellladepunkt größer als 22 kW und kleiner als 100 kW			
Schnellladepunkt ab 100 kW			

Ermittlung Förderhöhe und Rankingfaktor:

Gesamtausgaben [€]

min. Eigenmittel [€]

max. Zuwendung [€]

Wie viel Förderung möchten Sie beantragen? [€]

Das entspricht [% der max. Zuwendung]

Zusammenfassung:

Gesamtausgaben [€]

Eigenmittel [€]

Zuwendung [€]

Förderquote [%]

Rankingfaktor

8 Vorhabenbeschreibung zur Errichtung urbaner Schnellladehubs

Bitte beschreiben Sie das Vorhaben, die damit verbundenen Ziele, die zeitliche Umsetzung und etwaige Besonderheiten.

9 Vorhabenbeschreibung ergänzende Angebote für nachhaltige Mobilität (optional)

Bitte beschreiben Sie die ergänzenden Angebote für nachhaltige Mobilität (z. B. nichtöffentlich zugängliche Ladepunkte für E-CarSharing-Fahrzeuge), welche nicht unmittelbar im Rahmen der Errichtung der urbanen Schnellladehubs förderfähig sind, unter Angabe des Standorts und der damit verbundenen Ausgaben und beantragten Förderung (vgl. Nr. 2 im Förderaufruf).

Bei der Umsetzung der ergänzenden Angebote für nachhaltige Mobilität handelt es sich um eine wirtschaftliche Tätigkeit (Angebot von Gütern oder Dienstleistungen auf einem Markt). Ja Nein

10 Gesamtfinanzierungs- und ausgabenplan

	2022	2023
Eigenmittel (Euro)		
Fremdfinanzierung (Euro)		
- Beantragte Zuwendung		
- Gesellschaftsdarlehen/privates Darlehen		
- Öffentliche Finanzierungshilfen		
- Sonstiges		
Summe Fremdfinanzierung (Euro)		
Gesamtfinanzierung (Euro)		

11 Erklärungen

Bitte beachten Sie, dass es sich bei allen folgenden Erklärungen um subventionserhebliche Tatsachen handelt.

Mir ist bekannt, dass der Beginn dieses Vorhabens vor Bewilligung grundsätzlich zum Förderabschluss führt.

Mir ist bekannt, dass als Beginn des Vorhabenbeginns grundsätzlich jeder Abschluss eines Lieferungs- oder Leistungsvertrages zum Zwecke der Umsetzung des Vorhabens zu werten ist.

Mir ist bekannt, dass bei Baumaßnahmen Planung, Bodenuntersuchung und Grunderwerb nicht als Beginn des Vorhabens zu werten sind, es sei denn, sie sind alleiniger Zweck der Zuwendung.

Mit dem beantragten Vorhaben wurde noch nicht begonnen.

Mit dem beantragten Vorhaben wird auch bis zur Bewilligung nicht begonnen werden.

Es bestehen keine privatrechtlichen oder öffentlich-rechtlichen Verpflichtungen (Beispiele: Vertrag, Auftrag, Weisung, Bescheid, Verordnung, Satzung), das beantragte Vorhaben umzusetzen.

Ich erkläre, dass mir staatsanwaltliche Ermittlungsverfahren gegen den Antragsteller oder seine Organe wegen eines gegen öffentliche Haushalte gerichteten Vermögensdeliktes nicht bekannt sind.

Die im Gesamtfinanzierungsplan veranschlagten Eigenmittel können selbst aufgebracht werden, auch unter Berücksichtigung aller sonstigen finanziellen Verpflichtungen während der Laufzeit des Vorhabens.

Mir/Uns ist bekannt, dass die vorstehenden Angaben und hierzu beigefügte Anlagen für die Bewilligung und Gewährung, Rückforderung, Weitergewährung oder das Bestehen der Finanzhilfe subventionserheblich im Sinne von § 264 Strafgesetzbuch sind. Mir/Uns ist die Strafbarkeit eines Subventionsbetrugs nach § 264 Strafgesetzbuch bekannt.

Ich/Wir bestätige/n, dass die Einhaltung von allen Mindestanforderungen an die Installation und den Betrieb der beantragten Ladepunkte gemäß Nr. 2 i. V. m. Nr. 4 im Förderaufruf gewährleistet ist.

Ich/Wir willige/n ein, dass die in den Antragsunterlagen enthaltenen Daten zum Zweck der ordnungsgemäßen Bearbeitung elektronisch verarbeitet und gespeichert werden. Zudem sind das Ministerium für Verkehr Baden-Württemberg oder von ihm beauftragte Institutionen befugt, die Daten statistisch auszuwerten und die Ergebnisse dieser Auswertungen in anonymisierter Form zu veröffentlichen. Soweit im Antrag personenbezogene Daten von Beschäftigten des Antragstellers oder sonstige natürliche Personen enthalten sind, wurden diese informiert und deren Einverständnis eingeholt. Hinweis: Informationen zum Schutz personenbezogener Daten nach der DSGVO finden sich auf der Internetseite des Ministeriums für Verkehr unter „Service“ / „Datenschutz“. Auf Wunsch werden diese Informationen in Papierform versandt.

Ich/Wir versicher/n, dass über das Vermögen meines/unseres Unternehmens weder ein Insolvenz- oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden, noch erfüllt das Unternehmen die Voraussetzungen für die Eröffnung eines solchen Verfahrens auf Antrag seiner Gläubiger/innen. Gleiches gilt für die Verpflichtung zur Abgabe oder Abnahme einer Vermögensauskunft nach § 802 c Zivilprozessordnung (ZPO) oder § 284 Abgabenordnung (AO).

Ich versichere/ Wir versichern hiermit, dass mein/unser Unternehmen kein Unternehmen in Schwierigkeiten im Sinne der aktuell gültigen Fassung der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 der Kommission vom 17. Juni 2014 zur Feststellung der Vereinbarkeit bestimmter Gruppen von Beihilfen mit dem Binnenmarkt in Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (ABl EU Nr. L 187 vom 26. Juni 2014) - Allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung (AGVO) - ist.

Ich versichere/ Wir versichern hiermit, dass mein/unser Unternehmen kein Unternehmen darstellt, das eine Rückforderung aufgrund einer früheren Kommissionsentscheidung zur Feststellung der Rechtswidrigkeit und Unvereinbarkeit einer Beihilfe mit dem Binnenmarkt nicht nachgekommen ist.Á

Das Vorhaben ist oder wird nicht anderweitig mit Zuwendung oder Auftrag öffentlich finanziert. Der Antragsteller wird unverzüglich mitteilen, wenn anderweitige Fördermittel beantragt werden sollten.Á

Die Vergabe von Aufträgen in Bezug auf die Beschaffung und Errichtung wird unter Berücksichtigung der ggf. geltenden rechtlichen Vorgaben erfolgen (bspw. Nr. 3 ANBest-P).Á

Sofern die Förderung bewilligt wird, verpflichte ich mich/verpflichten wir uns dem Ministerium für Verkehr Baden-Württemberg unter Beachtung datenschutzrechtlicher Regelungen alle für die Erfolgskontrolle der Förderung benötigten und vom Zuwendungsgeber benannten Daten bereitzustellen sowie der halbjährlichen Berichterstattung über die Online-Plattform OBELIS nachzukommen.